vorhanden, nämlich Ludendorff, für die Reichswehr Lossow, für die Polizei nannte er mich. Ich wandte sofort ein, daß Ludendorff außenpolitisch völlig unmöglich sei, daß Lossow in Konflikt mit General Seeckt kommen würde und daß ich im Norden vollkommen unbekannt sei. Hitler erwiderte, Ludendorff brauche er, um die Reichswehr zu gewinnen. Kein Soldat vom Stabsoffizier abwärts schieße auf Ludendorff. Ich schalte hier ein, daß Hitler sowohl wie Lossow mir wiederholt das Versprechen gegeben hat: Ich unternehme nichts gegen Reichswehr und Landespolizei. Halten Sie mich nicht für so dumm, daß ich einen Putsch mache. Ich habe stets ganz im Sinne Kahrs die Bildung einer Rechtsdiktatur in München und deren gewaltsames Vortragen nach dem Norden für baren Unsinn erklärt. Was Weber und Hitler darüber aussagten, ist

erfunden und unwahr.

Auch über meine Reise nach Berlin am 2. November zu General v. Seeckt ist hier ein Phantasiegebäude errichtet worden. Diese Unterredung mit Seeckt erfolgte auf Anordnung Kahrs und mit Wissen des Ministerpräsidenten. Sie hatte einen rein informatorischen Zweck, nämlich, die damals in Berlin umgehenden ungeheuerlichen Gerüchte, es würde aus dem polizeilichen Grenzschutz Bayerns ein Vormarsch nach Berlin, nachdrücklich zu dementieren, um zu verhüten, daß zwischen der in Sachsen schon einmarschierten Reichswehr und zwischen der polizeilichen Schutztruppe Bayerns Zusammenstöße erfolgten. Ich habe damals selbst gemeldet, daß weder die bayerische Regierung noch das Generalstaatskommissariat an einen Vormarsch nach Berlin denke. Hitlers Behauptung, er habe zu mir gesagt: Wenn Sie nach Ihrer Rückkehr von Berlin nicht zum Handeln kommen, dann muß ich den Absprung für Sie, Kahr und Lossow vorbereiten, ist freierfunden und völlig unwahr.

Am 8. November vormittags hatte ich die Chefs der Landespolizei Bayerns zusammengerufen. Ich sagte ihnen, daß hier Absichten beständen, eine Reichsdiktatur in München zu bilden und erklärte, daß ein solches Vorgehen unmöglich sei, und daß in solchem Falle die Landespolizei unbedingt ihre Pflicht tun müsse, auch wenn sie gezwungen wäre, **die Schußwaffe gegen ihre Freunde zu richten.**

Ich fasse das Ergebnis zusammen: Ich hatte das Versprechen von Dr. Weber. Ich hatte das Versprechen von Ludendorff. Ich hatte wiederholte Versprechen von Hitler. Im Vertrauen auf diese Zusicherungen habe ich immer wieder versucht, die Vaterländischen Verbände in vernünftige Bahnen zu lenken. Im Vertrauen auf diese Zusicherungen bin ich

ahnungslos in jene hinterlistige Falle geraten

und im Bürgerbräukeller überfallen worden. Und das wurde damit begründet, daß es zur Rettung des Vaterlandes notwendig sei. Diese Rettung war nichts anders als Zerstörung des Vaterlandes, Selbstmord, nutzlose Opferung unsrer Jugend. Es wäre für uns, Lossow, Kahr und Seißer, wahrlich bequemer gewesen, dem Unheil seinen Lauf zu lassen, aber es wäre ehrlos und pflichtvergessen, feige und schwächlich gewesen. Es wird immer von dem Wortbruch Kahrs, Lossows, Seißers geredet, von dem Bruch einer Zusage, die durch

banditenmäßigen Ueberfall erpreßt

war und deren Bruch staatsnotwendig war, während von dem Wortbruch Weber, Hitler, von dem Bruch eines in voller Freiheit, ohne Zwang gegebenen Wortes nicht geredet wird. Wenn hier Männer vor Gericht gekommen sind, von denen ich es selbst aufrichtig bedauere, so tragen daran die Schuld allein jene, die jenen unseligen, sinnlosen Ueberfall machten und die damit nicht nur ihr eigenes Wort, sondern auch das des Generals Ludendorff mißbraucht haben. Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen des Hitler-Putsches war es klar, daß

die Bildung einer nationalen Armee unter Ludendorff uns sofort die Franzosen und die Belgier, die Polen und die Tschechen auf den Hals gehetzt hätte.

Dazu im Innern Kampf zwischen Nord und Süd, Spaltung innerhalb der Reichswehr und Landespolizei, Zerschlagung der einzigen Machtmittel im Staat und gleichzeitig Kampf gegen drei Fronten ohne Armee und Waffen. Das Ende vom Liede war die Zertrümmerung Deutschlands. Nur wer sich klarmacht, daß das nicht nachträglich konstruiert ist, sondern daß wir diese Ueberlegung bei Betrachtung der Gedankengänge Hitlers lange vor dem 8. November angestellt hatten, der kann ermessen, welch ungeheure Verantwortung damals auf uns lag, wo es sich nicht um Personen, sondern um Staat und Vaterland handelte. Meine Person hat sich am heftigsten gesträubt gegen

die Rolle, die ich spielen mußte

aber ich bin stolz darauf, daß ich mein Ich besiegt habe, um dem Vaterland zu dienen.

Der Zeuge geht dann ein auf die Schilderung der Vorgänge im Bürgerbräukeller. Sofort beim Eindringen Hitlers sah ich in ihm meinen Gegner, gegen den ich mich mit meinem ganzen Willen zu stellen und den ich mit allem, was ich hatte, zu bekämpfen hatte. Ich hatte nur das Gefühl: Kämpfen mußt du, kämpfen kannst du, aber nur, wenn du frei bist. Frei bist du aber nur, wenn du **dieses Spiel mitmachst**, so widerwärtig

diese ganze Komödie auch ist.

Nach unsrer Befreiung durch das Spiel war ich mit Kahr im Generalstaatskommissariat. Wir wollten uns aber an eine sichere Stelle bringen. Da kam ein Offizier mit Männern aus der Infanterieschule. Ich befahl den Rückmarsch. Darauf entgegnete der Offizier: **Ich habe Befehl von Ludendorff, das Generalstaatskommissariat, wenn nötig, mit Gewalt zu besetzen.** Ich erwiderte: Ich befehle Ihnen, auf der Stelle abzumarschieren. Wenn Sie nicht gehen, wird geschossen! Daraufhin wurde der Herr etwas unsicher und marschierte schließlich weg. Diesen Augenblick benutzten wir und fuhren weg.

Ich möchte auch kurz zurückkommen auf den Vorwurf, daß wir Ludendorff und Hitler nicht rechtzeitig verständigt hatten. Ich hatte nach den Worten Hitlers, Ludendorff sei bereitgestellt und werde sogleich geholt, den Eindruck, daß

General Ludendorff von der Sache im Bürgerbräukeller vorher unterrichtet war.

Ich konnte mir nicht denken, daß ein General Ludendorff sich von einem Hitler sagen läßt: Halten Sie sich bereit, ohne zu wissen wozu. **Das Verhalten Ludendorffs im Bürgerbräukeller hat in mir diesen Eindruck noch verstärkt.**

Die Lage in der Nacht war nicht so friedlich. Ich habe z. B. eine Meldung bekommen von einem Kraftfahrer der Landespolizei, der den Wagen des Ministers Schweyer gefahren hat und der unter Eid aussagen wird, daß er, unmittelbar neben Hitler stehend, gehört hat, wie dieser, als der Bericht über die Unstimmigkeiten in der Kaserne kam, heftig äußerte: **Da kommen zwei Kanonen hin, feste hineingesetzt, und wenn die ganze Kaserne zum Teufel geht!** Ich stelle das hier nur fest, um zu zeigen, daß man auf der andern Seite keineswegs nur mit dem Palmwedel demonstrieren wollte. **Der direkte Anlaß zum Kampf war tatsächlich jener bewaffnete Demonstrationszug.** Die Reichswehr ist kein politischer Haufe, sondern ein fester Verband, der stolz und treu seine Pflicht tut für den Staat. Der Staatsanwalt beantragt für die weitere Vernehmung des Zeugen Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Verteidigung ersucht um eine kurze Pause.

•

Im Schutz der Dunkelkammer

In der Pause machten sich die Angeklagten mit ihren Verteidigern darüber schlüssig, durch verschiedene sofort abzugebende Erklärungen der Darstellung des Zeugen Seißer in bestimmten Punkten zu widersprechen. Dieser Entschluß verfolgte zweifellos die Absicht, dem bemerkenswerten Eindruck der Seißerschen Angaben in der Oeffentlichkeit Abbruch zu tun. Solche Erklärungen gaben dann ab: Dr. Weber, Hitler, Poehner und Ludendorff. Auch im Namen der Gesamtverteidigung erklärte Rechtsanwalt Roder den größten Teil der tatsächlichen Behauptungen Seißers für unrichtig.

Die Verteidiger erklärten weiter:

Wir erheben schärfsten Widerspruch dagegen, daß die drei Herren, Kahr, Lossow, Seißer, und ihr etwaiger Hochverrat geschützt werden und wir verlangen, daß insbesondere die Besprechung vom 6. November, vom 31prozentigen Staatsstreich v. Lossows und vom anormalen Weg Kahrs gegen Berlin in aller Oeffentlichkeit verhandelt werde. Durch die Verhandlung hinter geschlossenen Türen würden die drei Herren vor der Gefahr einer Anklage wegen Hochverrats geschützt.

Der Staatsanwalt wendet sich mit größter Entschiedenheit gegen den Vorwurf, als ob die drei Herren vor einer Anklage wegen Hochverrats in Schutz genommen werden sollten. Die Staatsanwaltschaft prüfe diese Frage mit aller Gewissenhaftigkeit.

Der Gerichtshof beschloß **Ausschluß der Oeffentlichkeit**, so daß die Schlußvernehmung Seißers in geheimer Sitzung stattfindet.

•

Peinliche Fragen an Kahr

In der Nachmittagssitzung wird in der Fragestellung an Kahr fortgefahren. Rechtsanwalt Holl: **Haben Sie Ende Oktober einem Major Schüller in Würzburg erklärt, es gebe zwei Wege der Verständigung mit Berlin, einen gütlichen und einen gewaltsamen, der erste sei aber nicht mehr möglich?** Kahr: **Diese Frage hat mit den Vorgängen am 8. und 9 November nichts zu tun.** Ich muß daher eine Antwort ablehnen. Vors.: Sie bleiben also dabei, **daß Sie den Marsch nach Berlin abgelehnt haben.**

Auf eine weitere Frage Holls erklärt Kahr, Baron von Auffeß sei berechtigt gewesen, für ihn im Generalstaatskommissariat die sogenannte kleine Unterschrift zu geben. Er, Kahr, habe mit Auffeß die in das Verwaltungsgebiet einschlägigen Dinge besprochen, gelegentlich auch politische. Rechtsanwalt Holl: **Auffeß hat am 12. Oktober bei Studenten in einer Rede erklärt: Wir stehen am Vorabend großer Ereignisse. Und am 20. Oktober hielt er bei den Bojaren eine Rede im Namen und im Auftrag des Generalstaatskommissars. Er sagte, der Staatskommissar lasse sich entschuldigen. Er hätte keine Zeit zu kommen, weil er mit der Lunte vor dem Pulverfaß sitze. Auch er, Auffeß, als sein Stellvertreter, sei sehr stark in Anspruch genommen. Wörtlich sagte dann Auffeß: „Heute abend 8½ Uhr erfolgte der Bruch zwischen Bayern und Berlin. Wir sind froh darüber, daß er erfolgt ist. Es heißt für uns nicht „Los von Berlin!", sondern**

„Auf nach Berlin!"

Wir sind seit zwei Monaten von Berlin in unerhörter Weise belogen worden. Das ist nicht anders zu erwarten von einer Judenregierung, an deren Spitze ein Matratzeningenieur steht. Ich halte fest daran, daß alles in Berlin verdreht und verlogen. Wenn wollte gegen mich vorgehen, es wurde ihm aber gesagt, er solle mit mir nicht anbinden, denn ich hätte ein Schwertmaul. Auffeß hat dann weiter gesagt: **Jetzt, nach dem Bruch, komme nichts mehr über die bayerische Grenze, kein Geld und keine Lebensmittel. Wir haben keinen Anlaß, Ehrhardt zu verhaften. Auch die Erzbergermörder können ruhig ihrem Beruf in Bayern nachgehen.** Auffeß forderte die Versammlung auf, sich hinter Kahr zu stellen und rechtfertigte Kahr gegen den Vorwurf, daß nichts geschehen sei. **General Müller in Sachsen hat seine Truppe aufgestellt und gefragt, wer rechts und wer links sei. Sie wurde dann getrennt in den Kasernen untergebracht. Er selbst hat das Kommando über die rechtsstehenden Truppen übernommen.** Halten Sie sich bereit, wenn in den nächsten Tagen der Aufruf zu den Waffen an alle ergeht.

Rechtsanwalt Holl bemerkt dazu, daß die Verteidigung die Echtheit dieser Rede durch Dutzende von Zeugen beweisen könne, und fährt dann fort: Herr Zeuge (Kahr), wie kommt Auffeß dazu, diese Worte zu sprechen? Kahr: Ich habe Auffeß keinen Auftrag gegeben, eine Rede oder diese Rede zu halten. Ich sagte ihm nur, Sagen Sie dem Vorsitzenden meinen Gruß. Ich bedauere, daß ich nicht kommen kann. Auffeß behauptet übrigens, die Rede sei eine Fälschung. Vors.: Den Inhalt wollen Sie sich nicht zu eigen machen? Kahr: Nein. Rechtsanw. Hemeier: Die Rede wurde kurze Zeit danach in der Infanterieschule verbreitet, wo der Sohn des Redners Fahnenjunker war.

Auf Anfrage wiederholt Herr Pochner, Kahr habe ihm den Posten eines

Zivilgouverneurs für Sachsen und Thüringen

in Aussicht gestellt. Kahr will aber nur von einem Zivilkommissar gesprochen haben — wenn das Reichswehrministerium in Mitteldeutschland zur Begleitung der Reichswehr einen brauche.

Ein Verteidiger fragt, woven Kahr für sich und das Staatsministerium die Befugnis ableitete, einen bayerischen Zivilgouverneur oder -komissar für Thüringen und Sachsen zu bestellen, da es sich hier doch nur um eine Reichsaktion handelte. Kahr erklärt, die Bestellung wäre Sache des Gesamtministeriums gewesen. Angeklagter Frick bestätigt, daß Kahr Herrn Pochner einen solchen Posten für Sachsen in Aussicht gestellt habe. — Vertagung der Verhandlung 7 Uhr.

Militarist Seeckt

„Pazifismus ist Hochverrat"

Auf eine Engabe, die der bekannte Pazifist, Professor Dr. Quidde, am 3. Januar dieses Jahres an den General v. Seeckt gerichtet hatte, wurde folgender Bescheid erteilt:

„Berlin, den 9. Januar 1924.

An das Deutsche Friedenskartell, z. H. des Herrn Professor Quidde, Berlin.

Auf das Schreiben vom 3. Januar 1924 sachlich einzugehen, muß ich mir versagen.

Die Gedankengänge des internationalen Pazifismus sind für ein international derart mißhandeltes Volk wie das deutsche Volk schon an sich schwer begreiflich; wenn aber jemand nach den Erfahrungen, die Deutschland mit dem Ruhreinbruch gemacht hat, und in einer Zeit, in der Frankreich den Vertrag von Versailles täglich mit Füßen tritt, für die Durchführung dieses Vertrages im Interesse der Franzosen sich einsetzt, so kann ich dies nur als den Gipfel der Würdelosigkeit bezeichnen. Im übrigen möchte ich Sie dringend darauf aufmerksam machen, daß ich bei einer Erörterung der in Ihrem Schreiben berührten Fragen in der Oeffentlichkeit sofort mit den Mitteln des Ausnahmezustandes gegen Sie einschreiten werde, ganz unabhängig von einem Verfahren wegen Landesverrats. gez. v. Seeckt."

Mit dem komplizierten Problem des Pazifismus wollen wir uns hier nicht auseinandersetzen. Ein deutscher General versteht unter Pazifismus eine vaterlandslose, dem Ausland gegenüber knechtselige Gesinnung. In andern Kreisen, besonders des Auslandes, versteht man darunter aber eine Weltauffassung der Friedensliebe, wie sie jeder anständige Mensch haben soll, und als Gegensatz dazu betrachtet man eben das, was man als Militarismus, Revanchegeist usw. zu bezeichnen pflegt.

Wenn also der Chef der Reichswehr ein Verdammungsurteil über den Pazifismus fällt, so legt er damit dem Ausland die Auffassung nahe, daß in Deutschland der Geist des Militarismus weiter herrscht. Diese Auffassung ist aber im höchsten Grade dazu geeignet, die außenpolitischen Interessen des deutschen Volkes zu schädigen.

Der Brief an Seeckt ist bisher nicht veröffentlicht. Er war im Auftrage einer Reihe von pazifistischen Verbänden an den General gerichtet und trug als erste neben vielen andern die Unterschrift Quiddes. Er enthielt, wie uns versichert wird, nichts, was den Vorwurf des Generals, es würden durch ihn französische Interessen vertreten, rechtfertigen würde. Um so mehr ist die Drohung mit dem Ausnahmezustand und dem Landesverratsparagraphen — diesem gefälligen Kind für alles — zu verurteilen.

Die Veröffentlichung des Briefes des Herrn v. Seeckt fällt in eine Zeit, in der seine Persönlichkeit mehr denn je umstritten ist. **Der Münchner Prozeß läßt es als einigermaßen dunkel erscheinen, welche Rolle der General bei jenen Direktoriumsplänen gespielt hat, die mit den Plänen Kahrs parallel liefen. Herr v. Seeckt war es auch, der immer wieder versichert hat, Lossow sei absolut loyal und zuverlässig. Ein Mann, der sich in dem Charakter seiner eigenen, nächsten Untergebenen so vollständig täuscht, ist wohl auch nicht befähigt, eine richtige Vorstellung von Männern zu gewinnen, die ihm so wesensfremd und weltenfern sind wie der Professor Quidde.**

Wir brauchen eine Volksvertretung, die entschlossen ist, Generalspolitik in keiner Form zu dulden. Der Brief Seeckts ist ein neuer Beweis dafür.

Uebrigens hat das Friedenskartell gleich nach Eingang des Schreibens vom 9. Januar eine Beleidigungsklage gegen Herrn v. Seeckt angestrengt.

•

Das Verbrechen der Militaristen

Als in Deutschland die Inflation dem Arbeitnehmer das tägliche Brot kürzte, wandten sich politisch indifferente Volksteile jenen Parteien zu, die zur Zeit der inflationistischen Bewegung keine Verantwortung trugen. Ihr Protest galt der Regierung, durch Uebertritt hauptsächlich zu jener Partei, die das heutige Elend dank ihrer Kriegspolitik auf dem Kerbholz hat. Frankreich erlebt zur Zeit ebenfalls einen Sturz seiner Währung nach dem andern. Auch er wirkt sich auf den Magen des französischen Wählers aus und führt praktisch zur Niederlage der jetzigen Regierung. Poincarés Mehrheit im Volke wird zur Minderheit, seine Niederlage im kommenden Wahlkampf scheint unzweifelhaft. Was könnte Deutschland angenehmer sein? Aber schon erstehen Herrn Poincaré Retter in unsern sogenannten „nationalen Kreisen". Ihre Dummheit reicht so weit, daß sie nicht einmal verstehen, wirkliches Nationalgefühl vom Maulpatriotismus, der sie allein auszeichnet, zu unterscheiden. Ausgerechnet im jetzigen Augenblick erlassen sie z. B. durch die Klubs der ehemaligen Offiziere einen geharnischten Protest gegen die neue Militärkontrolle. In ihm wird zum „äußersten Widerstand" gegen die neueste Gewalttat aufgefordert. Herr Poincaré wird grienen, den dieser Appell zum „äußersten Widerstand" kommt ihm wie gerufen. Jeder vernünftige Mensch muß sich sagen, wenn man zu einer Gewalttat aufreizt, muß man auch die Mittel dazu haben. Hat man sie nicht, dann ist die Aufforderung wahnsinnig. Was aber wird Herr Poincaré tun? Er nimmt nach allen Erfahrungen aus der Vergangenheit die Drohung der Offiziersklubs für bare Münze und betrachtet infolgedessen als richtig, daß auch die Mittel zum „äußersten Widerstand" vorhanden sind. Unsre nationalen Männer haben ihm also das glänzendste Rechtfertigungsmaterial zur Begründung der immer wieder von ihm geforderten Militärkontrolle gegeben. Das nennen sie dann eine „nationale Tat", die in Wirklichkeit schlimmer ist als Landesverrat! Und unser Unglück ist, daß gewisse Kreise der deutschen Bevölkerung trotz allen bereits erlebten Folgewirkungen immer noch nicht eingesehen haben, daß die „nationale Tat" unsrer „nationalen Verbände" niemals auf etwas andres hinauslief, als auf Landesverrat. Wahrhaftig, es wäre eine „nationale Tat", wenn die Organisationen der Herren Offiziere durch Gesetz endlich der Auflösung verfielen, ehe sie schlimmeres Unheil anrichten! Die Organisation von Verbänden in allen Ehren, aber zum Teufel mit ihr, soweit sie sich zum Verbrechen am Volke auswächst.

Die europäische Krise

In Belgien ist ein neues Kabinett Theunis gebildet worden: Theunis Finanzministerium und Ministerpräsident, Hymann Minister des Aeußern, Puollet Minister des Innern, Rolo Unterrichtsminister, Ruzette Landwirtschaftsminister, Neujean Eisenbahnminister, Forthomme Kriegsministerium, van de Vyvere Wirtschaftsministerium, Tschoffed Handels- und Industrieministerium, Carton Kolonialministerium.

In Frankreich setzt der Finanzausschuß des Senats eifrig seine Arbeiten fort, die den Sturz des Frank aufhalten sollen. Er hat bis jetzt nicht weniger als 4,5 Milliarden Frank neue Steuern bewilligt und etwa 1 Milliarde vom Budget für 1924 abgestrichen.

Der interalliierte Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz des Obersten Arbonneau ist in Speier eingetroffen. Der Ausschuß wünscht festzustellen, ob seine Erlasse von der provisorischen Regierung befolgt worden sind. Er hat für diesen Zweck die Kreisdelegierten der Stadt Speier und auch den Führer der provisorischen Regierung, Beiersdörfer, vernommen.

Drei unerfüllbare Bedingungen, schreibt der Londoner Daily Telegraph, fordern die Franzosen von England:

eine endgültige Militärkonvention,

eine besondere Garantie für die Staaten von Ost- und Zentraleuropa, die weitergehe als die allgemeine, in der Völkerbundssitzung enthaltene Verpflichtung,

die Erteilung bzw. Beteiligung an irgendeiner Garantie für Frankreich, solange dieses im Ruhrgebiet bleibe.

Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Großbritannien einen Pakt eingehen würde, der bestimmt sei, Frankreich gegen Deutschland Sicherheit zu geben, wenn letzteres nicht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit daran teilnehme.

Völkerbund gegen Saarbesetzung

Genf, 11. März. (Eigener Drahtbericht.)

In der Ratssitzung vom Dienstag kam die Entwicklung der lokalen Gendarmerie im Saargebiet zur Sprache. Salandra erstattete den Bericht und stellte den Antrag, gemäß dem Programm der Regierungskommission des Saargebiets im Jahre 1924/25 die Zahl der Lokalgendarmerien um 200 zu erhöhen. Eine weitere Erhöhung sei infolge der finanziellen Lage vorläufig nicht möglich. In der Aussprache erklärte Lord Parmoor, daß nach Ansicht der Vertreter der industriellen Bevölkerung die lokale Gendarmerie auf einen Stand von 1000 Mann erhöht werden müsse und die saarländische Bevölkerung gewillt sei, die Kosten dieser Erhöhung zu tragen. Die Verstärkung der lokalen Gendarmerie sei notwendig, damit Frankreich ermöglicht werde, seine im Saargebiet stehenden Truppen zurückzuziehen. Namens der englischen Arbeiterregierung habe er dies ausdrücklich zu erklären, um Frankreich von den Lasten und der Verantwortlichkeit für den Aufenthalt der französischen Truppen im Saargebiet zu befreien. Hanotaux weist mit einiger Erregung den Vorwurf, den er herausfühlt, Frankreich treibe imperialistische Politik, zurück. Die Truppen im Saargebiet haben nur die eine Aufgabe, den ruhigen Fortgang der Arbeit zu sichern. Lord Parmoor bringt in Uebereinstimmung mit Branting den Antrag ein, das französische Militär sei möglichst noch in diesem Jahre zurückzuziehen und ein verstärkter Ausbau der lokalen Gendarmerie nach Maßgabe der finanziellen Mittel mit aller Energie zu betreiben. Dieser Antrag wird angenommen.